militärisch als das Bindeglied zwischen dem Transkaspigebiet und Turkestan. Ganz abgesehen von der wichtigen strategischen Aufgabe, welche wahrscheinlich der neuen Bahn zufallen wird, muß sie auch für den Handel von sehr großer Bedeutung sein, denn alle bucharischen Frachten, die früher über Taschkent und Orenburg gingen, werden jetzt per Eisenbahn nach Astrachan expedirt werden. Es heißt, der Emir von Buchara billige unser Unternehmen vollkommen und habe im vorigen Jahre, als er mit dem General Annenkow zusammentraf, sich bereit erklärt, in jede Weise sich für eine erfolgreiche Ausführung der Eisenbahnarbeiten in seinem Reiche zu verwenden."

* Von der westafrikanischen Küste sind Nachrichten über neue blutige Kämpfe unter den Eingeborenenstämmen eingetroffen. Wie aus Cap Coast-Castle gemeldet wird, hat am 20. Mai ein heftiges Gefecht zwischen den Adansis und den Becquahs stattgefunden. Die ersteren waren die Angreifer, wurden vollkommen in die Flucht geschlagen und verloren etwa 30 Häuptlinge und Anführer, 270 Mann an Todten und die gleiche Zahl an Gefangenen. Die Dadiassis, welche zwischen den Adansis und Becquahs zu vermitteln suchten, haben sich mit den letzteren verbunden; dasselbe haben auch viele Achantis — nach dem Bericht 7000 — gethan. Es ist ihre Absicht, einen Neffen oder Vetter Kalcalli's auf den Thron von Coomassie zu erheben. Damit werden die Streitigkeiten, wie man hofft, ihr Ende erreichen.

* Man schreibt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" aus New-York:

Zwischen dem 25. Mai und 3. Juni d. J. fand in Cleveland (Ohio) eine außerordentliche Versammlung (special assembly) des Ordens der Knights of Labor statt, an welcher sich 166 Delegirte betheiligten. Großmeister Powderly sah sich veranlaßt, diese besondere Versammlung einzuberufen, weil nach seiner Auffassung drei Fragen, nämlich das Verhältniß des Ordens zu den Trades Unions, die Frage der Arbeitseinstellungen und Boycotts, und die rapide Ausdehnung des Ordens, eine unaufschiebbare Besprechung und Beschlußfassung erheischten.

Im Laufe der letzten Zeit sind häufig Differenzen zwischen den Knights und den Gewerkschaften vorgekommen, welch letztere den Ersteren eine unberechtigte Einmischung in ihre Angelegenheiten vorwerfen. Mitte Mai d. J. fand in Philadelphia eine Zusammenkunft verschiedener nationaler und internationaler Trades Unions statt, in welcher die der außerordentlichen Versammlung der Knights zu unterbreitenden Forderungen festgestellt wurden.

Diese Forderungen lauten im Wesentlichen:

„Sofern es sich um einen Industriezweig handelt, welcher eine nationale oder internationale Organisation hat, sollen die Knights of Labor ohne Zustimmung der nächsten betreffenen Union keine Personen aufnehmen oder eine Assembly von Personen bilden, welche das so organisirte Handwerk ausüben;

die Knights of Labor sollen keine Person aufnehmen, welche um einen geringeren Lohn, als den von der Union ihres Handwerks festgesetzten, arbeitet, oder welche sich sonst gegen die Regeln dieser Union vergangen hat und aus letzterer ausgestoßen wurde;

wenn Mitglieder einer Trades Union die Arbeit einstellen oder von ihren Arbeitgebern entlassen werden, sollen die Knights sich nicht in den Streit mischen, bis dieser zur Zufriedenheit der betreffenden Union geschlichtet ist; die Knights of Labor sollen keine Fabrikzeichen und Etiquetten (trade-mark or label) vorschreiben oder anordnen in Concurrenz mit den von einer nationalen oder internationalen Trades Union für die von ihren Mitgliedern gearbeiteten Waaren angeordneten oder anzuordnenden Zeichen."

Diese Forderungen, welche von sechs Delegirten der Trades Unions der Convention der Knights in Cleveland vorgelegt wurden, wurden lange besprochen, gelangten aber nicht zur Annahme, als unvereinbar mit den Pflichten, welche der Orden der Knights seinen Mitgliedern schuldet. Letzterer ernannte lediglich ein Specialcomité, welchem die Aufgabe zugewiesen ist, mit einem ähnlichen Comité einer nationalen oder internationalen Trades Union zu conferiren, welche wünscht, wegen Beilegung etwaiger Differenzen mit den Knights in Berathung zu treten. Diese Entscheidung wurde in einer Adresse an die „Brothers in the cause of Labor" veröffentlicht. In dieser Adresse findet sich die Versicherung, daß der gedachte Orden mit allen anderen Arbeitervereinigungen zur Erreichung des gemeinsamen Zieles brüderlich Hand in Hand gehen wolle, aber auch der Satz, daß alle Personen, welche ihr Brod im Schweiße ihres Angesichts verdienen, unter einem gemeinsamen Haupte stehen sollten. Dieses Haupt wäre natürlich der Orden der Knights, welcher in der letzten Zeit eine Mitgliederzahl von beinahe einer Million erreicht haben soll, während die Zahl der Mitglieder der Trades Unions auf 400,000 angegeben wird. Letztere sind von dem Ausgange der Verhandlungen wenig befriedigt und erwarten fortgesetzte Angriffe seitens des Ordens.

Großmeister Powderly ist ein erklärter Gegner der Streiks und Boycotts und will dieselben im Einklang mit den Statuten des Ordens nur als äußerste letzte Maßregel in Anwendung gebracht wissen. Da die Erfahrung ihn lehrte, daß der Orden anders handelte, als die Statuten vorschreiben, und daß die Local- und Districtsvorstände aus den geringfügigsten Ursachen und ohne vorher eine Verständigung zu versuchen, zu den gedachten Kampfmitteln griffen, so schlug Powderly vor, die Entscheidung über Streiks und Boycotts dem General Executive Board zu übertragen und vorzubehalten. Der betreffende Vorschlag wurde angenommen mit dem Beisatz: „except in cases of emergency." Durch diesen Beisatz ist der Zweck der Resolution vereitelt, da die Frage, ob ein Nothfall vorliegt, in welchem Eile dringend geboten ist, von den Local- und Districtsvorständen zu entscheiden ist und letztere bei Beurtheilung dieser Frage voraussichtlich nur mit wenig Vorsicht und Klugheit zu Werke gehen werden.

Das oberste Executivcomité (General Executive Board) bestand bisher aus 5 Mitgliedern; diese Zahl ist der vermehrten Arbeit, welche die Ausdehnung des Ordens im Gefolge hatte, nicht mehr gewachsen und so wurde von Powderly die Verstärkung des Comités vorgeschlagen. Die Convention hat die Zahl der Comitémitglieder auf 11 erhöht, die 6 neuen Mitglieder aber, welchen weder Sitz noch Stimme zusteht, lediglich als Assistenten bezeichnet, da die außerordentliche Convention nicht das Recht hat, die Constitution zu ändern; über diese Frage wird die im October dieses Jahres zu Richmond stattfindende ordentliche Versammlung definitiv entscheiden. Es wird behauptet, daß von den 6 neugewählten Mitgliedern die Mehrzahl dem radicalen und socialistischen Flügel des Ordens angehört, was durch den sogenannten Home-Club in New-York repräsentirt wird, und welcher dem Großmeister Powderly feindlich gesinnt sein soll. Man folgert daraus, daß die künftige Wiederwahl Powderly's, welcher ein engeres Zusammengehen mit den Trades Unions wünscht, und welcher bei der Convention in Cleveland mit allen sachlichen Anträgen unterlegen ist, in Frage gestellt ist, daß der Orden gegenwärtig von radicalen Elementen beherrscht wird.

Zu erwähnen ist noch der von dem Gesetzgebungs-Ausschuß der Convention erstattete und einstimmig angenommene Bericht, in welchem verlangt wird, daß nach dem Jahre 1890 alle von Ausländern erworbenen Ländereien von der Regierung der Vereinigten Staaten gekauft werden sollen; daß nach dem Jahre 1886 keine Ausländer das Recht haben sollen, Land zu erwerben; daß unangebautes Land, wenn es größer ist als 160 Acres, ebenso besteuert werden soll, wie bebautes Land; daß alle Ländereien, welche Eisenbahn-Gesellschaften und anderen Corporationen seitens der Regierung überlassen wurden, an die Regierung zurückfallen sollen, sofern die gedachten Corporationen die Bedingungen der Ueberlassung nicht erfüllt haben; daß alle Gesetzvorschläge, welche von dem Labor Committee des Unterhauses gebilligt wurden, angenommen werden, und daß Minderjährige nicht mehr als 8 Stunden täglich arbeiten sollen. Ein Comité von drei Mitgliedern wurde ernannt, um diese Forderungen dem Congreß gegenüber in Washington zu vertreten.

Zur parlamentarischen Lage.

** Berlin, 28. Juni. Fürst Bismarck ist am Sonnabend Nachmittag in Berlin eingetroffen. Er hatte ursprünglich die Absicht, noch bei der zweiten Berathung der Branntweinsteuervorlage das Wort zu nehmen und gab nur dem lebhaften Drängen des Staatssecretairs v. Bötticher und des Präsidenten v. Wedell-Piesdorf nach, welche auf die Unruhe der Abgeordneten hinwiesen, noch länger in Berlin zu bleiben, indem er darein willigte, daß die Schließung der Session bereits am Sonnabend erfolgt. Sonnabend Abend kehrte auch der Minister v. Puttkamer nach Berlin zurück, und ersteren fand noch eine Sitzung des Staatsministeriums statt. Herr v. Goßler ist noch auf Dienstreisen, im Uebrigen sind aber zur Zeit alle Staatsminister in Berlin. Erst nach Schluß des Landtags werden sie sich auf Sommerurlaub begeben, und zwar wird es auch diesmal wieder wie in früheren Jahren so gehalten werden, daß immer wenigstens zwei oder drei Minister in Berlin anwesend bleiben. Fürst Bismarck begiebt sich zunächst nach Schönhausen und von da nach Kissingen zur Cur.

Nachdem der erste Bericht der XV. Commission des Reichstags zur Berathung der Anträge Ackermann und Gen., betr. den Befähigungsnachweis (Berichterstatter Abg. Letocha), bereits vor Ostern an die Mitglieder des Reichstags vertheilt werden konnte, ist der zweite Bericht, betreffend die Privilegirung der Innungen (§. 100a der Gewerbeordnung), jetzt erst zur Vertheilung gelangt. Es war nämlich Abg. Gerlich (Reichspartei) mit der Berichterstattung beauftragt; derselbe wurde aber bekanntlich in der Zwischenzeit als Gesandter nach Kalkutta berufen, so daß nach Ostern ein neuer Berichterstatter von der Commission berufen werden mußte. Der Abg. Hitze (Centrum) wurde am 20. Mai mit diesem zweiten Bericht betraut und war schon am 26. Mai der Correcturabzug in den Händen der Commissionsmitglieder. Da aber der Reichstag sich am 25. Mai vertagte, so hat die definitive Feststellung des Berichts, sowie die Drucklegung und Vertheilung an die Mitglieder des Hauses erst jetzt stattgefunden. An eine Annahme oder Berücksichtigung der Commissionsbeschlüsse seitens der verbündeten Regierungen ist übrigens nach den Erklärungen der Regierungscommissare in der Commission nicht zu denken.

Mittwoch, den 30. d. M., findet in, bezw. bei Bremen die Eröffnung der ostasiatischen Post-Dampferlinie durch den Dampfer „Oder" des Norddeutschen Lloyd statt. Bei den anläßlich dessen veranstalteten Festlichkeiten (u. A. ein Diner der Bremer Handelskammer und eine Fahrt in die See, verbunden mit Diner von Seiten des Lloyd) wird der Reichstag durch den Präsidenten v. Wedell-Piesdorf und die Schriftführer Graf Adelmann, Dr. v. Kulmiz, Dr. Porsch und Wichmann vertreten sein.

Im Abgeordnetenhause wurde heute noch eine ziemlich lange Sitzung abgehalten. Es handelte sich um die westfälische Kreisordnung. Hier hatte das Abgeordnetenhaus vordem beschlossen, daß die Ernennung des Amtmanns erfolgen solle auf Grund von Vorschlägen der Amtsversammlung nach Anhörung des Kreisausschusses. Das Herrenhaus hatte diesen Beschluß dahin abgeändert, daß die Ernennung vollzogen werden solle auf Vorschlag des Kreisausschusses, über den die Amtsversammlung gehört werden müsse. In namentlicher Abstimmung wurde heute mit 141 gegen 139 Stimmen an dem Beschlusse des Herrenhauses festgehalten.

Außerdem stand eine Interpellation wegen Abhilfe des Nothstandes im Eichsfelde zur Verhandlung. Minister v. Puttkamer gab hier die sehr correcte Erklärung ab, daß, da es sich nicht um eine besondere Calamität handle, sondern lediglich Hagelschlag stattgefunden habe, auf welchen der Landwirth vorbereitet sein müsse, der Staat auch keine Unterstützung zu gewähren habe. Für die nächste Sitzung — am Mittwoch, da morgen des katholischen Feiertages wegen keine Sitzung abgehalten wird — steht eine Interpellation wegen der schlesischen Ueberschwemmungen zur Verhandlung. In jedem Falle wird der Landtag Mittwoch geschlossen.

Aus Bayern.

* Ueber die Eidesleistung des Prinz-Regenten von Bayern wird aus München, 28. Juni, gemeldet:

Die Eidesleistung Sr. königl. Hoheit des Prinz-Regenten, Prinzen Luitpold von Bayern, hat heute Mittag 12 Uhr in der durch das Programm des königl. Oberstkämmererstabes vorbereiteten feierlichen Weise im Thronsaale der königl. Residenz stattgefunden. Se. königl. Hoheit waren von JJ. KK. HH. den Prinzen Ludwig, Leopold, Arnulph, Ludwig Ferdinand, Alphons, Herzog Carl Theodor und Herzog Ludwig und dem großen Corteège umgeben und bestiegen den Thron. Rechts desselben nahmen die königl. Staatsminister und Staatsräthe, in der Mitte des Saales die Mitglieder der Kammer der Reichsräthe und der Abgeordneten, hinter denselben die Vertreter der Staats- und Stadtbehörden, der Confessionen und an den beiden Längsseiten die Generalität und das Officiercorps Aufstellung. Der königl. Staatsminister der Justiz, Dr. v. Fäustle, richtete an Se. kgl. Hoheit den Prinz-Regenten das Ansuchen, den in Tit. II §. 16 der Verfassungsurkunde enthaltenen Eid zu leisten, und verlas sowann die Hand auf das aus dem Landtagsarchiv beschaffte Original der Verfassungsurkunde gestützt, den Eidesvorstand: „Ich schwöre, den Staat in Gemäßheit der Verfassung und der Gesetze des Reiches zu verwalten, die Integrität des Königreiches und die Rechte der Krone zu erhalten und dem Könige die Gewalt, deren Ausübung mir anvertraut ist, getreu zu überreichen, so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium." Se. k. Hoheit erhob die drei ersten Finger der rechten Hand und sprach die Worte: „Ich schwöre."

Der I. Präsident der Kammer der Reichsräthe, Frhr. zu Franckenstein, richtete namens an Se. k. Hoheit folgende Ansprache: Allerdurchlauchtigster Prinz, Allergnädigster Prinz und Regent: „Euere k. Hoheit haben soeben in feierlicher Weise in Gegenwart der Vertreter des bayerischen Volkes, der Staatsminister und der Mitglieder des Staatsrathes den Eid zu leisten geruht, welchen die Verfassung beim Beginne der Regentschaft vorschreibt. Euere k. Hoheit haben damit die Regentschaft definitiv angetreten, die Allerhöchstdieselben aus traurigem Anlasse übernommen und in Folge des schrecklichen tieferschütternden Ereignisses vom 13. d. fortgesetzt haben. Das monarchisch gesinnte, seinem Herrscherhause treu ergebene bayerische Volk hat in den letzten Wochen viel des Jammers erlebt. Heute blickt dasselbe mit unerschütterlichem Vertrauen, mit innigster Zuversicht auf Euere k. Hoheit den Allerdurchlauchtigsten Prinz-Regenten, den erlauchten Sohn weiland Sr. Majestät des unvergeßlichen Königs Ludwig I., und weiß, daß es der Wille Eurer k. Hoheit ist und stets sein wird, daß Allen volles Recht werde, daß es die vornehmste Sorge Eurer k. Hoheit sein wird, den Wohlstand des theuren Vaterlandes mehr und mehr zu heben, daß Euere k. Hoheit unverbrüchlich fest halten werden an den Verträgen, welche seit 16 Jahren die deutschen Stämme verbinden, daß Euere k. Hoheit als edler Sorgen des erlauchten Wittelsbacher Königshauses stets und immerdar Bayerns Recht wol und ganz wahren werden. Gott segne die Regentschaft Eurer k. Hoheit. Se. k. Hoheit der Allerdurchlauchtigste Prinz-Regent lebe hoch!"

Die ganze Landes-, Staats- und Stadtvertretung stimmte mit ergreifender Begeisterung dreimal in den Hochruf ein. Se. k. Hoheit der Prinz-Regent dankte, tief gerührt, für die erhebende Ovation: „Das Herz der königstreuen Bayern hat sich wieder glänzend bewährt bei den jüngsten schmerzlichen Ereignissen, welche das ganze königliche Haus und das ganze Königreich in den Gefühlen tiefster Trauer geeint haben. Am Abend meines Lebens stehend, berief mich die Vorsehung, im Namen Sr. Maj. unseres allergnädigsten Königs die Zügel der Regierung zu ergreifen. Möge es mir vergönnt sein, sie zum Wohle des treuen bayerischen Volkes zu führen. Das ist mein sehnlichster Wunsch. Walte es Gott! — Se. k. Hoheit begrüßte sodann die glänzende Versammlung, sich von ihr verabschiedend, und dankte beim Verlassen des Saales dem I. Präsidenten der Kammer der Reichsräthe durch einen herzlichen Handdruck. Bei der Rückfahrt in ihr Palais wurden Se. k. Hoheit der Prinz-Regent und die übrigen Prinzen von den lebhaften Hochrufen der Spalier bildenden Bevölkerung begleitet. — Dem Staatsacte haben auf der Tribüne JJ. KK. HH. die Prinzessinnen Leopold, Therese, Elvira und Arnulph und das gesammte diplomatische Corps angewohnt.

* München, 28. Juni. Der Prinz-Regent ernannte Nachmittags seinen militairischen Hofstaat. Der bisherige persönliche Adjutant des Prinzen, Freyschlag, ist zum Generalmajor und Generaladjutanten befördert worden. Der persönliche Adjutant des verstorbenen Königs, Rittmeister von Le Bret-Rucourt, tritt wieder in die Front ein. Der Prinz-Regent verfügte ferner, daß die Beglaubigungsschreiben der bayerischen Gesandten erneuert werden und daß dem Bundesrathe die Uebernahme der Regentschaft notificirt werden solle.

* München, 26. Juni. Am Beginn dieser Woche erschien hier ein Flugblatt, welches sich in lebhafter Sprache für eine Aenderung im Personalbestande des Ministeriums, insbesondere für die Bildung eines Ministeriums Franckenstein aussprach, das durch Gewährung einer allgemeinen Amnestie sich rasch alle Bürgerherzen gewinnen könnte. Da das Blatt in der Buchdruckerei von M. Ernst gedruckt war, der erst unlängst wegen Theilnahme an einer gesetzwidrigen geheimen Verbindung im sogenannten Socialistenprocesse zu einer mehrmonatlichen Freiheitsstrafe verurtheilt wurde, ist es wohl begreiflich, daß vielfach das ganze Schriftstück als von Ernst und der socialdemokratischen Partei, der er angehört, ausgehend beurtheilt wurde. Dagegen erläßt nun Reichstagsabgeordneter v. Vollmar eine ganz entschieden klingende Erklärung, in welcher er, und zwar im Namen der Münchener Socialdemokraten, das fragliche Flugblatt als eine rein private Geschäftsangelegenheit des Herausgebers bezeichnet, mit der die Partei nichts zu thun habe, deren Stellung jede Förderung der ultramontanen, nach jeder Richtung rückschrittlichen Bestrebungen ausschließe. Der Gedanke der Unterstützung eines Ministeriums Franckenstein durch die Socialdemokraten sei ein Widersinn.

Nationalliberaler Verein für das Königreich Sachsen.

II.

* Leipzig, 29. Juni. Nach einer kurzen Pause ergriff der Generalsecretair des Central-Comités der nationalliberalen Partei, Herr Jerusalem aus Berlin, das Wort, um in der von ihm gewohnten markigen und packenden Weise ebenfalls eine Darlegung der gegenwärtigen politischen Lage zu geben.

Der Redner leitete seine Ansprache mit der Frage ein, woher es wohl komme, daß, während die deutsche Nation die friedliebendste der Welt sei, der Haß gegen das Deutschthum im Ausland immer mehr wachse? und er beantwortete diese Frage dahin, daß, während früher Deutschland ohnmächtig war, dasselbe heute einen mächtigen nationalen Staat bilde, dessen Angehörigen im Ausland gewaltig die Schwingen gewachsen seien, wie man das namentlich an den Deutschen in den Vereinigten Staaten sehen könne. Das Wachsen des deutschen Ansehens werde von den fremden Völkern wie ein Stachel im eigenen Fleisch empfunden. Wenn wir uns in diesen fremden Ländern umsehen, dann finden wir, daß überall, wie bei uns, der wirthschaftliche Kampf entbrannt ist, überall ertönen dieselben Klagen über die Schwierigkeit des wirthschaftlichen Existenzkampfes. Es ist jetzt die vornehmste und gewaltigste Aufgabe für den Staat, daß er die richtige Grenze zieht zwischen Individualismus und Socialismus, damit der harte Gegensatz zwischen Ueberfluß und Entbehrung gemildert wird; freilich ganz zu beseitigen ist dieser Gegensatz niemals und wenn die Socialdemokratie das Gegentheil behauptet, dann geht sie viel zu weit; durch die Natur ist nun einmal das Recht des Stärkeren begründet und wenn auch diesem Recht gewisse Schranken gesetzt werden können, so wird es sich doch nimmer ganz aufheben lassen. Die Socialisten behaupten von den anderen Parteien, weil diese nicht eine tausendjährige Cultur zerschlagen lassen wollen, deshalb seien sie nicht liberal. Redner begreift nicht, warum die Socialdemokraten nicht offen bekennen, daß sie eine auf gewaltsamen Umsturz hinarbeitende Partei sind; der Sturz der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung ist schlechterdings nur durch Gewalt möglich und es will eigentlich als Feigheit erscheinen, wenn die Socialisten glauben machen wollen, der Umsturz lasse sich auch auf friedlichem Wege erreichen. Wie wird aber der socialistische Staat, wenn es jemals gelingen sollte, ihn in das Leben zu rufen, beschaffen sein? Redner glaubt nicht, daß der Staat der Herren Bebel und Genossen ihm gestatten würde, eine Rede, in der ausgedrückt, daß der socialistische Staat umgestürzt werden muß, zweimal zu halten. (Große Heiterkeit.)

Durch den Haß gegen unsere politischen Zustände ist die deutschfreisinnige Partei mit der Socialdemokratie verbunden, und während die anderen staatserhaltenden Parteien die Regierung in der Abwehr und Vertheidigung gegen die Umsturzpartei unterstützen, macht die erstgenannte Partei, wie erst jüngst wieder im Reichstag sich gezeigt hat, gemeinsame Sache mit den Socialisten. Der Vorwurf, daß unsere socialen Reformgesetze noch wenig Erfolg hervorgebracht haben, ist einfach dadurch zu widerlegen, daß z. B. England seit 50 Jahren an seiner Fabrikgesetzgebung arbeitet und damit noch lange nicht zum Endziel gekommen ist. Wie ist es da uns möglich, in wenigen Jahren unsere ganze sociale Gesetzgebung zu abändern, daß die nöthigen Reformen Fleisch und Blut gewinnen? Ein Grundirrthum der Socialdemokratie ist, daß sie Capital und Arbeit als principielle Feinde gegenüberstellt. Wenn man bedenkt, mit welchen Anstrengungen unsere deutsche Industrie auf den Märkten des Auslandes concurrirt und mit welchem Erfolg sie das bis jetzt gethan hat, dann sollte man sich hüten, ihr die Existenzbedingungen zu diesem Kampfe zu unterbinden. Eine der Forderungen der socialistischen Partei lautet dahin, daß den Arbeitern die volle Betheiligung am Gewinn der industriellen Unternehmungen bewilligt werde. Wie steht es aber mit der Betheiligung der Arbeiter am Verlust? Unsere Arbeiterbevölkerung ist noch nicht genügend wirthschaftlich geschult, um sie in den Stand zu setzen, daß sie den Gewinn aus guten Jahren mit hinüber nimmt in die schlechten Jahre und mit der Betheiligung am Verlust würde es daher sehr fraglich stehen. Haben denn die Arbeitgeber in der socialdemokratischen Fraction, die Herren Singer und Bebel, das sociale Problem gelöst? Gewiß nicht, im Gegentheil, auch sie verfahren völlig nach der capitalistischen Productionsweise, und man kann wohl sagen, bei ihnen ist die Arbeiterfrage nur Mittel zum Zweck, um den Umsturz herbeizuführen und einen Staat aufzurichten, in dem sie die erste Geige zu spielen hoffen. Herr Bamberger hat im Reichstag in Bezug auf die belgischen Ereignisse gemeint, die Sache sei doch gar nicht so schlimm, man habe nur einige Schlösser zerstört. Ob wohl Herr Bamberger ebenso gesprochen haben würde, wenn sein eigenes Schloß dabei gewesen wäre? Ebenso steht es mit einer gewissen Sorte fortschrittlicher Philister, wie sie namentlich Berlin aufzuweisen hat, die heute ganz entsetzlich über Polizeidruck und Polizeiwillkür sich ereifern, die morgen aber, wenn nach den Vorgängen in Belgien, London ꝛc. die Spiegelscheiben Unter den Linden zertrümmert würden, sicher die ersten wären, welche nach der Polizei riefen. (Große Heiterkeit und Zustimmung.)

Unsere Colonialpolitik ist die logische Folge unserer nationalen Politik, und wenn wir unsere Weltmachtstellung uns erhalten wollen, dann sind wir darauf angewiesen, uns in fremden Erdtheilen auszubreiten, die wilden Völker zur Cultur heranzuziehen und sie consumtionsfähiger zu machen. Das Gebahren der deutschfreisinnigen Partei gegenüber der Colonialpolitik gleicht dem Knaben, der am Morgen einen Fruchtkern in die Erde grub und am Abend sich darüber wunderte, daß noch kein Baum gewachsen war. Was das Socialistengesetz anlangt, so ist für Denjenigen, der sehen will, es unzweifelhaft, daß es gewirkt hat; die socialdemokratischen Abgeordneten selbst machen hieraus kein Hehl, und wenn es ihnen nicht so schädlich wäre, so würden sie zu seiner Beseitigung keine so großen Anstrengungen machen. Der Zuwachs an Stimmen, den diese Partei das letzte Mal erzielt hat, darf lediglich als ein solcher angesehen werden, der durch den Nachwuchs der Arbeiterbevölkerung, deren junge Elemente ja ganz besonders zum Radicalismus geneigt sind, herbeigeführt worden ist. Darum ist es begreiflich, wenn die Socialisten bemüht sind, das wahlfähige Alter immer mehr herabzusetzen. Leider ist es Thatsache, daß das Treiben der Oppositionsparteien das Ansehen unseres Reichstages in hohem Maße geschädigt hat; diese Thatsache hat ein unverfänglicher Zeuge, der Abg. Lenzmann, voll bestätigt, welcher den größten Theil der Schuld, daß die Dinge im Reichstag sich dermaßen entwickelt haben, ausdrücklich der linken Seite des Hauses, die sich aus den Deutschfreisinnigen, den Demokraten und den Socialdemokraten bildet, beimißt. Hier ist es nun lediglich Sache der Wähler, helfend einzugreifen, daß der Reichstag sein altes Ansehen wieder erlange.

Der Redner schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß das deutsche Volk die schwere Verfassungskrisis bestehen wird, wenn der Bürgerstand seine Schuldigkeit thut und im politischen Parteikampf nur eine Parole kennt: kräftig einzutreten für unser herrliches großes Vaterland! (Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende, Herr Dr. Gensel, dankte beiden Rednern auf das Wärmste und charakterisirte in seinem kurzen Schlußwort nochmals die nationalliberale Partei als eine Partei, in der als edler Idealismus die Liebe und Begeisterung zum Vaterland als oberster Leitstern waltet und welche von dem Bestreben durchdrungen ist, zum Nutzen des Vaterlandes vor Allem praktische Politik zu treiben. Damit war die der Generalversammlung vorausgehende öffentliche Versammlung geschlossen.

Ueber die Generalversammlung selbst können wir uns kurz fassen. Den Geschäftsbericht erstattete der Schriftführer des Nationalliberalen Vereins für das Königreich Sachsen, Herr Rechtsanwalt Dr. Häbler-Leipzig, und wurden hierzu noch Erläuterungen durch die Herren Prof. Dr. Biedermann und Dr. Gensel gegeben. Die Darlegungen des Geschäftsberichts fanden allenthalben die Billigung der Versammlung. Für den am Erscheinen behinderten Vereinscassirer, Herrn Bädeker-Leipzig, gab ebenfalls Herr Rechtsanwalt Dr. Häbler den Cassenbericht, der recht erfreulich lautete, indem der am Jahresschluß verfügbare Cassenbestand 5010 ℳ betrug. Der Cassenbericht wurde, vorbehältlich der Einzelprüfung durch die Revisoren, als richtig erklärt. Von den weiteren Verhandlungen erwähnen wir noch, daß dem Vorstande zur dringenden Erwägung anheim gegeben wurde, diejenige Bestimmung der Statuten zur Ausführung zu bringen, wonach neben dem Vorstand ein Landesausschuß zu bilden ist, welcher aus den Geschäftsführern der betreffenden Localvereine zu bestehen hat. Die seitherigen Mitglieder des Vereinsvorstandes wurden sämmtlich wiedergewählt und nachdem noch Herr Dr. Gensel mit pietätvollen Worten an den im Laufe des letzten Jahres dahingeschiedenen Ehrenvorsitzenden des Vereins, Dr. Stephani, erinnert hatte, wurde die Versammlung geschlossen. Der größte Theil der Anwesenden blieb hierauf noch einige Stunden bei gemeinsamem Mahle vereinigt.

XIV. Deutscher Aerztetag.

I.

‡‡ Eisenach, 28. Juni. Nachdem die gestern hier angekommenen Mitglieder des 14. Deutschen Aerztetages sich Abends zur gegenseitigen Begrüßung im Tivoli versammelt hatten, wurde heute früh die Versammlung, zu der über 120 Delegirte erschienen, vom Präsidenten Dr. Graf-Elberfeld mit einer längeren Ansprache eröffnet, in welcher derselbe zunächst die Erörterungen in Bezug auf die Ausführung des Reichsgesetzes über die obligatorische Krankenversicherung hervorhob, dann die Angriffe in den Reichstagssitzungen im December vor. Jahres gegen den ärztlichen Stand und insbesondere auch gegen die sogen. Convention des Deutschen Aerztetages berührte und hieran anknüpfend die neuesten Vorkommnisse in mehreren Bezirken des Königreichs Sachsen erörterte, wo mit Genehmigung des Ministeriums des Innern die Krankheitsbescheinigung und Behandlung von Cassenmitgliedern durch Curpfuscher auf Rechnung der Casse und mit obligatorischer Wirkung für die letztere als zulässig erklärt worden ist, trotzdem der ärztliche Bezirksverein Chemnitz energisch und wiederholt hiergegen Protest erhoben habe. Die Erörterung jener Vorkommnisse ist deshalb in letzter Stunde noch auf die heutige Tagesordnung gesetzt worden, wogegen die Frage, in welcher Weise die Aerztevereine an den Bestrebungen des „deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke" sich zu betheiligen gewillt sind, leider durch die plötzliche Verhinderung des Referenten von der Tagesordnung hat abgesetzt werden müssen. Der Vorstand sei indeß der Ueberzeugung, daß auch ohne diese Anregung die ärztlichen Vereine dieser für unser Volkswohl so bedeutsamen Mäßigkeitssache ihre thatkräftige Unterstützung leihen werden.

Nach eingehender Erörterung verschiedener innerer Angelegenheiten schließt Redner mit folgenden, allseitigen Beifall erregenden Worten: „Lassen Sie mich denn der Hoffnung Ausdruck geben, daß es auch den Verhandlungen des heutigen Tages beschieden sein möge, die Grundlagen unseres Aerztevereinsbundes nicht zu lockern, sondern zu festigen. Seine Schöpfung war nur möglich in der großen Zeit, in welcher mit der Gründung des deutschen Reiches die Begeisterung und der Einheitsdrang in alle Kreise der Nation eingekehrt waren. Heute, wo wir ein vierzehnjähriges nicht erfolgloses Wirken hinter uns haben, wo die Zahl der uns zugehörigen Vereine und ihrer Mitglieder im Steten Wachsthum geblieben ist, wo das Vereinswesen mehr und mehr auch über die östlichen Theile unseres Vaterlandes sich erstreckt, — heute stehen wir gegen äußere Angriffe gerüstet als eine einheitliche, nicht zu unterschätzende Macht da. Ernstlich bedroht können wir nur werden durch innere Hader, persönliche Feinde, particulare Strebungen. Lassen Sie nicht an diesem alten germanischen Fehler das Werk scheitern, welches heute mehr als je ein unerkanntes Bedürfniß ist.

Darum gestatten Sie mir zum Schluß noch einmal den dringenden Wunsch auszusprechen, daß bei Allem, was uns trennt und unsere Wege scheidet, ein Ziel uns unverrückt stehen bleibe: Die Einheit und der Zusammenhalt des Deutschen Aerzte-Vereinsbundes!

Im Anschluß hieran machte Dr. Graf noch folgende Mittheilung: Nachdem durch die Erklärungen des Cultusministers Herrn v. Goßler in den Sitzungen des preußischen Abgeordnetenhauses vom 8. und 16. März d. J. die Aussichten auf eine baldige Durchführung der seit langer Zeit in Aussicht stehenden preußischen Medicinalreform wieder in weite Ferne gerückt schienen, habe er sich in einer Immediat-Eingabe an den Präsidenten des preußischen Staatsministeriums, Fürsten Bismarck, gewendet und an denselben nach einer kurzen Darlegung der gegenwärtigen Sachlage die Bitte gerichtet:

„Auf dem Wege Königl. Verordnung eine Vertretung der preußischen Aerzte zu schaffen, wie sie auch in den übrigen größeren Bundesstaaten bereits längere Zeit existirt und wie solche für Preußen durch einen Entwurf des Herrn Cultusministers eine durchführbare und befriedigende Formulirung gefunden hat."

Hierauf sei ihm aus der Reichskanzlei vom 16. Mai 1886 folgende Antwort zugegangen:

„Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich ergebenst mitzutheilen, daß Ihre Vorstellung, betreffend Einführung einer staatlich anerkannten Vertretung der Aerzte in Preußen, dem Herrn Ministerpräsidenten vorgelegen und daß Seine Durchlaucht dieselbe befürwortend an den Herrn Cultusminister abgegeben hat."

Entscheidungen des Reichsgerichts.

(Abdruck ohne Angabe der Quelle wird gerichtlich verfolgt.)

Der Kaufmann B. zu B. war wegen Betrugs angeklagt. Wie das Landgericht feststellt, errichteten der Angeklagte, der Ingenieur D. und der Kaufmann E. durch Vertrag vom 1. Juli 1883 eine offene Handelsgesellschaft, zum Zwecke des Verkaufs von Waagen aller Art. In dem Vertrage wurde die Leitung des Laden-Verkaufs-Geschäfts, sowie die Buch- und Cassenführung hauptsächlich dem Angeklagten übertragen, zugleich aber bestimmt, daß Wechsel nur dann auf den Namen der Firma acceptirt werden sollten, wenn alle drei Inhaber sich schriftlich damit einverstanden erklärt hätten. In das Handelsregister wurde diese Beschränkung der Befugnisse der Gesellschaft nicht eingetragen. Der Angeklagte, dessen Vermögensverhältnisse in Folge unglücklicher Börsenspeculationen zerrüttet waren, sah sich genöthigt, zur Deckung seiner Börsenverluste und zu seinen sonstigen Privatbedürfnissen verschiedene Darlehen aufzunehmen. Zur Sicherheit für diese Darlehen gab er seinen Gläubigern 30 Wechsel im Gesammtbetrage von 33,445 ℳ, nachdem er die Wechsel unter der Firma der Gesellschaft acceptirt hatte, ohne zuvor die Genehmigung dazu von seinen Mitgesellschaftern eingeholt zu haben. Die Wechsel sind später von der Gesellschaft im Wege des Vergleichs mit 40 bis 60 Procent bezahlt.

Das Landgericht hat in diesem Sachverhalt die Thatbestandsmerkmale des Betruges nicht gefunden und den Angeklagten freigesprochen, welches Urtheil in Folge der von der Staatsanwaltschaft eingelegten Revision das R.-G., II. Straff., am 13. November v. J. unter folgender Begründung aufgehoben hat. Das Landgericht erkennt an, daß der Angeklagte durch die Begebung der Accepte das Vermögen der Gesellschaft in der Absicht beschädigt hat, sich einen rechtswidrigen Vermögensvortheil zu verschaffen. Es verneint den Thatbestand des Betruges nur deshalb, weil weder für den Angeklagten eine rechtliche Verpflichtung, seine Gläubiger über das wahre Sachverhältniß aufzuklären, noch für die Gläubiger ein rechtliches Interesse, dieses Sachverhältniß zu kennen, vorlag, das das Verhalten des Angeklagten bezeichne, rein passive Verhalten mithin nicht als eine Täuschung aufgefaßt werden könne, durch welche die Vermögensbeschädigung herbeigeführt wurde, wenn auch möglicherweise die Gläubiger bei Kenntniß des wahren Sachverhalts die Annahme der Wechsel abgelehnt haben würden. Hierin liegt allerdings ein Rechtsirrthum; denn es ist hier gar